

Ulrike Röhr

Wachstum = Wohlstand = Gerechtigkeit? Eckpunkte für eine solidarische und umweltgerechte Wirtschaft und Gesellschaft

Ich möchte mich in meinem Beitrag anhand von 5 Thesen mit den Herausforderungen befassen, denen wir uns bei der aktiven Gestaltung einer lebenswerten Zukunft in Verbindung mit gesellschaftlicher Gerechtigkeit stellen müssen.

1. Wachstum oder Schrumpfung?

Die für unumstößlich gehaltene Wahrheit, dass ökonomisches Wachstum automatisch zu mehr Wohlstand für alle, zur Befriedigung von Bedürfnissen und gesellschaftlichem Fortschritt führt – oder umgekehrt, dass Wachstumsverzicht Stillstand bedeutet und eskalierende Verteilungskämpfe –, wird angesichts sich verstärkender Krisenerscheinungen immer häufiger in Frage gestellt. Global gesehen hat diese „Wahrheit“ ohnehin noch nie gestimmt und auch national (wenn überhaupt) nur sehr begrenzt. Zieht man von dem rechnerischen ökonomischen Wachstum dessen soziale und ökologische Kosten ab, so wird deutlich, dass unsere Wirtschaft schon lange nicht mehr wächst (Biesecker 2011a).

Ebenso wenig führt ökonomisches Wachstum zu einer Angleichung der Verteilung des Reichtums. Im Gegenteil, die Kluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Gesellschaft wird immer größer, wenn auch mancherorts auf einem insgesamt höheren Niveau.

Trotzdem wird von der Mainstream-Ökonomie am Wachstumsparadigma festgehalten. Aber was wächst, wenn die Wirtschaft wächst, fragen z.B. feministische Ökonominen, und was geht dabei verloren? Es wächst die Güterproduktion und der entsprechende Konsum sowie das („synthetische“) Medium Geld, das alles in Bewegung hält. Ökonomisches Wachstum vollzieht sich zwischen Kaufen und Verkaufen – jenseits der Märkte erstreckt sich ökonomisches Niemandsland, so Elisabeth Stiefel, eine der erwähnten feministischen Ökonominen (Stiefel 2012). Die fast ausschließlich auf Güter bezogene Betrachtung des Wirtschaftens ist wenig geeignet, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte des Wirtschaftsprozesses in den Blick zu nehmen.

Die Veröffentlichung der „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome hat die drohende Übernutzung natürlicher Ressourcen bereits vor 40 Jahren weltweit auf die Tagesordnung gebracht und internationales Handeln gefordert. Seither ist bekanntlich nicht wirklich viel passiert, zumindest nicht das, was hätte passieren müssen. Die Weltbevölkerung wächst rasant, der Ressourcenverbrauch ist ebenso rasant gestiegen – letzteres auch in Industrieländern, in denen die Bevölkerung schrumpft oder zumindest nur schwach wächst. Und wir sind mit einer vor 40 Jahren noch nicht so in der Öffentlichkeit stehenden Krise konfrontiert: dem Klimawandel. Ich möchte die Dramatik anhand eines Beispiels verdeutlichen (Edenhofer 2012): Die weltweiten Kohlevorkommen entsprechen einer Kohlenstoffmenge (C) von 12.000 Gt (1 Gt = 1 Milliarde Tonnen). Das heißt, würden wir diese Kohlevorkommen nutzen, würden sie diese Menge an Kohlenstoff, bzw. in der Verbindung mit Sauerstoff wäre es dann Kohlendioxid CO₂, freisetzen. Dem gegenüber steht die Aufnahmekapazität der Atmosphäre, in die der Kohlenstoff entlassen wird. Wenn ein dramatischer Klimawandel verhindert werden soll kann die Atmosphäre noch circa 230 Gt C aufnehmen. Das bedeutet, dass 98% der noch vorhandenen Kohlevorkommen in der Erde bleiben müssen und zeigt, dass es heute nicht mehr nur um die Endlichkeit der Ressourcen geht. Vor 40 Jahren hat man sich noch darauf verlassen, dass sich das Problem spä-

testens dann löst, wenn alle fossilen Rohstoffe verbraucht sind. Heute wissen wir: dann ist es viel zu spät. Das heißt, und darum geht es mir bei diesem Beispiel, es geht schon lange nicht mehr nur um die Grenzen der Ressourcen, sondern ebenso um die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Ökosysteme und darum, selbst vorhandene fossile Ressourcen nicht zu nutzen.

Damit werden Fragen aufgeworfen wie die nach der Nutzung von und dem Zugang zu globalen Gemeinschaftsgütern (z.B. Atmosphäre, Wasser, Boden, Luft) und damit zwangsläufig die Frage nach der Verteilung: WER NUTZT WIEVIEL bzw. wer DARF noch wie viel nutzen – womit wir bei der Debatte über globale, regionale und nationale Gerechtigkeit (equity) sind. Es schließen sich ebenso zwangsläufig die Fragen an nach WER BESTIMMT DARÜBER und WER KONTROLLIERT die gerechte Verteilung. Diese Diskussion über die Nutzung von Gemeingütern ist heute nicht mehr nur einem kleinem Zirkel vorbehalten. Sie ist auf der einen Seite mit dem ‚Commoning‘ (der sozialen Praxis der Nutzung von Gemeingütern, siehe (Helfrich & Heinrich-Böll-Stiftung. 2012) zu einer Bewegung geworden, auf der anderen Seite findet sie – wenn auch noch sehr verhalten – bezüglich der Verwaltung, Bewirtschaftung und Kontrolle der Atmosphäre bereits in der Klimapolitik und -wissenschaft statt. Ganz abgesehen davon, dass die ökonomische ‚Vermarktung‘ des Gemeinguts Atmosphäre mit dem Emissionshandel und anderen Instrumenten bereits in vollen Zügen läuft.

Zurück zu Wachstum und Gerechtigkeit: Wenn wir den Entwicklungs- und Schwellenländern das Recht auf einen adäquaten Lebensstil zugestehen, brauchen sie unbestritten ökonomisches Wachstum. Das heißt dann umgekehrt, dass in den Industrieländern die Produktion und der Ressourcenverbrauch nicht nur nicht wachsen darf, sondern schrumpfen muss.

Schrumpfung löst noch mehr Ängste aus als Nullwachstum, weshalb immer neue Ideen und entsprechende Begriffe aus dem Boden gestampft werden, um dieser Ängste Herr zu werden. Die heißen dann nachhaltiges, grünes, oder qualitatives Wachstum, Green Economy oder Green New Deal.

Hier kommt dann der Glaube an Effizienz, und damit verbunden die Hoffnung auf eine Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ins Spiel. Nun legen zwar alle Daten nahe, dass das ein Irrglaube ist, oder dass die Entkoppelung zumindest nicht in dem erforderlichen Ausmaß erfolgt, weil die sogenannten Prebound- und Rebound-Effekte¹ dem entgegenstehen, d.h. die Einsparungen durch Effizienz durch höheren Konsum oder auch falsche Kalkulationsannahmen wieder ausgeglichen werden. Ordnungspolitische Instrumente wie z.B. Effizienzstandards könnten hier vielleicht helfen – aber dem steht dann wieder die Lobby der wachstumsorientierten Wirtschaft entgegen.

Dies verweist auf einen weiteren, oftmals ignorierten Aspekt: den herrschaftlichen Gehalt des ökonomischen Wachstums. Uli Brand, Ökonom und bekannter Wachstumskritiker, beschreibt das so: Unsere (kapitalistische) Produktions- und Lebensweise sei eben nicht nur ein System um Güter und Dienstleistungen zu produzieren und zu konsumieren, sondern ein System von Macht und Herrschaft – auch über die Natur. Das heißt, Wirtschaftswachstum reproduziert gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Lebenschancen und Handlungsspielräume, Vermögen und Einkommen höchst unterschiedlich verteilt sind. Damit wird der gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss gesichert, ebenso wie asymmetrische Beziehungen zwischen Männern und Frauen, zwischen Mehrheiten und Minderheiten aber auch

¹ Mit Prebound-Effekten wird die Tendenz bezeichnet, mögliche Minderungen durch Effizienzmaßnahmen rechnerisch zu hoch anzusetzen. Menschen in schlecht gedämmten Wohnungen gehen sparsamer mit Energie um als der Durchschnitt – dieses Verhalten passt sich bei besserer Dämmung möglicherweise an. D.h. die rechnerisch überhöhte Erwartung wird durch das Verhalten nochmal verstärkt. Letzteres wäre dann ein Rebound-Effekt: Einsparungen werden durch Mehrverbrauch aufgehoben (größere Wohnungen, höhere Temperaturen oder auch erhöhter Konsum in anderen Bereich aufgrund der finanziellen Einsparungen).

internationale Ungleichheiten (Brand 2012:10). Soweit Uli Brand, der mich direkt zu meiner zweiten These führt, die sich mit Abspaltungen und dem notwendigen Perspektivenwechsel befasst.

2. Abspaltungen und notwendige Perspektivenwechsel

Aktuelle Krisen sind Krisen der Reproduktion, der gegenüber die Ökonomie aber blind ist. Das gilt für die Reproduktivität der Natur ebenso wie für soziale Reproduktion. Diese Abspaltung geht einher mit einer deutlich geschlechtlich geprägten Hierarchisierung: was am Markt passiert ist wichtig, wertvoll, produktiv..., was jenseits des Marktes passiert ist privat, nicht wertvoll, unproduktiv oder eben bestenfalls reproduktiv (Biesecker u. a. 2012:4). Konzepte für zukunftsfähiges (grünes oder nachhaltiges) Wirtschaften müssen sich daran messen lassen, ob sie diese Trennungsstruktur aufheben, ob sie es schaffen die Sorgearbeit so zu integrieren, dass es gerecht für alle ist, und dass sie die Prinzipien von „Care“, dem Wirtschaften zugrunde legen.

Warum ist das so immens wichtig? Ökonomisches Denken und Handeln basiert auf **Maßlosigkeit** im Sinne von Profitmaximierung und auf **Sorglosigkeit** im Sinne von Ausnutzung (bis hin zur Zerstörung) der produktiven Grundlagen des Wirtschaftens. In einer zukunftsfähigen Ökonomie geht es aber genau um das Gegenteil. Wenn wir die Bedürfnisse und Rechte derzeitiger und zukünftiger Generationen anerkennen, sind wir dazu verpflichtet, die Grundlagen unseres Wirtschaftens pfleglich zu behandeln und sie für alle, überall auf der Welt und auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

Damit wird ein Perspektivenwechsel vorgenommen. Das Reproduktive und die Sorge wird in den Mittelpunkt gestellt und von da aus geguckt, was dafür gebraucht wird. Dann stellt sich die Frage: Welche Märkte brauchen wir zum Leben? Märkte können damit als veränderbar und gestaltbar wahrgenommen werden und sind nicht länger Selbstzweck.

Handlungsleitend für eine entsprechende Ökonomie können die aus der Care-Arbeit bekannten Prinzipien sein, wie sie vom Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften² formuliert wurden. Die heißen:

1. Kooperation statt Konkurrenz: gemeint ist damit ein kooperierendes Wirtschaften, in dem in **gemeinsamen Verständigungsprozessen** nach lebensfreundlichen und naturverträglichen Formen des Wirtschaftens gesucht wird.
2. Vorsorge statt Nachsorge setzt voraus, dass die Bedürfnisse aller Beteiligten (und der Natur) zum Ausgangspunkt genommen werden. Adelheid Biesecker, eine der Mitentwicklerinnen des Konzeptes, beschreibt das so: „Aus der Sorge um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart“ (Biesecker 2011b:78).
3. Orientierung am zum (guten) Leben Notwendigen statt an monetären Größen: wirtschaften muss sich an der Gestaltung eines guten Lebens für alle orientieren, statt an maximalen Wachstumsraten und maximalen Profiten einzelner. Als Definition eines „guten Lebens“ wird dabei immer wieder auf Martha Nussbaum (Nussbaum 1998) verwiesen, die dieses so definiert, dass die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung ihres Lebens in Gesellschaft und Natur zu entwickeln. Gekennzeichnet ist dieses gute Leben durch Selbstständigkeit, Sicherheit und Freiheit und kann je nach kultureller Prägung sehr unterschiedlich ausgestaltet sein – und muss deshalb auch immer wieder verhandelt werden.

Schwierig wird es dann, wenn wir über die konzeptionelle Ebene hinausgehen und über die konkrete Einbeziehung der Sorgearbeit in nachhaltiges Wirtschaften nachdenken. Hier mangelt es bisher noch

² www.vorsorgendeswirtschaften.de

an Konzepten und Phantasien, die über die alte „Lohn für Hausarbeit“-Debatte, „familienfreundliche Betriebe“ oder „Work-Life-Balance“ hinausgehen. Was bedeutet das für die Unternehmen, welche Organisationsformen bieten sich dafür an, gibt es passende Finanzierungsinstrumente, und vor allem: führt das dann wirklich zu mehr Geschlechtergerechtigkeit? Viele offene Fragen, die ein kooperatives Nachdenken erfordern. Einig sind sich fast alle wachstumskritischen ÖkonomInnen darin, dass eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit unabdingbar ist, und dass das Ausbalancieren der Lebenszeit nicht auf Erwerbsarbeit und Freizeit begrenzt bleibt, sondern dass es um den gesamten Bereich der unbezahlten Arbeit erweitert wird. Oder, um nochmal Adelheid Biesecker zu zitieren: „Wir haben nicht mehr die Zeit für so viel Erwerbsarbeit, wir haben auch anderes, wichtigeres zu tun, vor allem im Bereich Care-Arbeit“.

Ein weiterer Aspekt, der durch die Perspektive der Sorgearbeit verdeutlicht wird, sind die Grenzen der Effizienz. Personenbezogene Dienstleistungen, Zuwendung für Kinder, Alte, Kranke beispielsweise – Bereiche die deutlich wachsen und wachsen müssen -- können nicht in Minuten getaktet werden und Streicheleinheiten können nicht effizienter verteilt werden.

Es geht aber auch um den Komplementärpart der Effizienz, die **Suffizienz**. Mit dem haushälterischen Umgang mit Ressourcen, dem Sich-bescheiden wird die Frage aufgeworfen, wie viel genug ist und damit wiederum die Frage nach gerechter Verteilung und es wird die Begrenzung der Gier ange-mahnt. Das ist vielleicht ein Grund, warum die Suffizienz in der Diskussion über ökologische Nachhaltigkeit so unbeliebt ist. Die Forderung nach Suffizienz enthält eine Kritik an den vorherrschenden Wachstums- und Wohlstandslogiken. Sie macht deutlich, dass der Zwang zum „immer Mehr produzieren wollen“, zu immer mehr Wachstum, auch deshalb entsteht, weil grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert werden. Wenn alles immer mehr wird haben alle immer genug. Es muss also nicht umverteilt werden – so die Logik hinter dem Wachstumsparadigma (Biesecker u. a. 2012:2).

Dagegen fordert Uta von Winterfeld vom Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie (von Winterfeld 2007) uns nicht auf suffiziente Lebensstile zu verpflichten, sondern ein Recht auf Suffizienz zu formulieren: „Niemand soll immer mehr haben wollen müssen.“ Dann ist Suffizienz auch nicht mehr zwangsläufig mit sozialen Einbußen verbunden. Vielmehr können umgekehrt Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens erst in den Blick kommen, wenn sie nicht mehr vom Wachstumszwang beherrscht werden. (Biesecker u. a. 2012:3)

Dieses Recht auf einen suffizienten Lebensstil muss erkämpft werden, es braucht aber auch Möglichkeitsräume, in denen es gelebt und weiterentwickelt werden kann.

Angemerkt sei hier noch, dass weder die Green Economy, noch der Green New Deal, noch die meisten Konzepte zur Postwachstumsgesellschaft die Trennungsstruktur zwischen der Marktökonomie und der Care-Ökonomie aufheben, sondern diesbezüglich in alten, traditionellen Strukturen gefangen bleiben.

3. Herausforderung Transformation

Für die Veränderungen unserer Lebensstile, Konsum- und Produktionsmuster ist unbestritten eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation nötig. Dieser grundlegende Wandel muss einhergehen mit einer Umverteilung von Arbeit, Einkommen, Einfluss und Macht, ebenso mit Gerechtigkeit und greift damit tief in bestehende und mit großem Beharrungsvermögen ausgestattete Strukturen ein.

Die Notwendigkeit der Umverteilung wird bei den „offiziellen“ Debatten zur Transformation, die ja durchaus salonfähig geworden ist, gern ausgeblendet. Als Beispiel sei hier die Energiewende in Deutschland genannt, die „Wenden“ will, ohne etwas grundlegend zu ändern. Das funktioniert aber nicht, wie sich jetzt schon zeigt. Alle oder zumindest die weitaus meisten Lasten werden dabei auf die Bürger und Bürgerinnen verlagert, während die energieintensiven Unternehmen davon entbunden, eben ‚entlastet‘ werden. Deren Kosten werden auf die Privathaushalte und KMU verlagert. Auch eine Form der Umverteilung, wenn auch mit falschem Vorzeichen: Die Kosten für Energie steigen, Schuldige sind dafür schnell ausgemacht (die EEG-Umlage, nicht etwa deren Handhabung). Die Folge ist, dass die große Zustimmung und Bereitschaft zur Energiewende in der Bevölkerung umkippt in Ablehnung.

Transformation ja, sie soll aber niemandem weh tun, so die Aussage, die hinter dieser Resistenz gegenüber strukturellen Veränderungen steht. Das sind rückwärtsgewandte Orientierungen, wie wir sie gerade bei der sogenannten Green Economy erleben, die von der Wirtschaft (und in ihrem Schlepptau der Politik) schon als „neues Wirtschaftswunder“ bejubelt wird. Auch der von den europäischen Grünen konzipierte Green New Deal verweist auf alte Konzepte aus den goldenen Zeiten des Kapitalismus. Da ist die OECD ehrlicher, die ihr Konzept gleich „Green Growth“ nennt. Alles wird gut, wenn wir „grün“ wachsen. Grün es Wachstum wird plötzlich zum Allheilmittel für Armutsbekämpfung, Welternährung, Gesundheitsversorgung, Energieversorgung. Und das Wichtigste: wir können im Prinzip alles lassen, wie es ist, nur etwas grüner muss es werden. Win-win sagen die einen, Greenwashing die anderen.

Die Realität sieht anders aus: Es wird Gewinner und Verlierer geben. Es wird Sektoren geben, die wachsen, andere die schrumpfen müssen. Hier und anderswo. Die Frage ist deshalb, wie wir den Übergang so gestalten, dass negative Wirkungen minimiert werden. Eine grundlegende Transformation muss deshalb zwangsläufig auf der Basis vielschichtiger, demokratischer Aushandlungsprozesse erfolgen. Diesen gesellschaftlichen Such- und Lernprozess zu gestalten, ist eine riesige Herausforderung. Die Alternative, sie nicht über gesellschaftliche Partizipation zu gestalten und die Transformation von oben zu diktieren, hieße aber sie zum Scheitern zu verurteilen.

Wichtig ist sich dabei bewusst zu machen, dass wir nicht bei Null anfangen müssen. Die in den letzten Jahren immens verbreiterte Debatte über Commons z.B., in der darüber diskutiert wird, was Gemeinschaftsgüter sind, was öffentlich, was privat ist, welche Arbeit wie und von wem gemacht werden soll, wie gerechter Zugang für alle gesichert werden kann, was wir wirklich brauchen... zeigt uns einen Weg. Der ist auch deshalb interessant, weil hier nicht auf eine abschließende Bewertung gewartet wird, bevor dies dann in Handeln umgesetzt wird, sondern in der Praxis erprobt wird was in der Theorie diskutiert wird – und umgekehrt. So wird eine Entwicklung in Gang gesetzt, die von Theorie und Praxis befruchtet wird. Gleiches gilt für die Solidarische Ökonomie oder die Transition Town Bewegung, die ihren Fokus auf Urban Agriculture und Energie hat.

Über die Lücken soll dabei auch nicht geschwiegen werden: die Gender und die Care-Perspektiven fehlen auch bei diesen Ansätzen. Aber es gibt zumindest eine partielle Bereitschaft, sich damit zu befassen. Aber auch dies wird vermutlich ohne konstanten Druck der Gendergerechtigkeitsbewegung (wenn es sie denn gäbe) nicht passieren.

4. Herausforderung Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist eine quer zu allen bisher erwähnten Aspekten stehende Dimension. Ohne Gerechtigkeit sind nachhaltiges Wirtschaften und gesellschaftliche Transformationen nicht umsetzbar.

Kaum einer wird sich gegen sie verwehren – zumindest solange er oder sie nicht ihr Eigenes teilen muss. So stellt sich schnell die Frage, was gerecht ist?

Wenn alle auf der Welt das Gleiche haben, d.h. alle Ressourcen gleichmäßig auf alle ‚Köpfe‘ verteilt werden – was bei knapper werdenden Ressourcen ja einen gewissen Charme hat (Verteilungsgerechtigkeit)? Wenn alle Stimmen gleich viel zählen, wie es im UN-System der Fall ist – und dann doch einige sich besser durchsetzen als andere? Wenn alle Arbeiten gleich bewertet und wertgeschätzt werden (Anerkennungsgerechtigkeit)? Gerechtigkeit hat viele Aspekte.

Die besondere Crux liegt darin, dass es z.B. bei der Verteilung „gleich“ und dennoch „ungerecht“ zugehen kann. Oder dass hinter formal gleicher Anerkennung dennoch kulturelle Dominanzen und Vormachtstellungen bestehen bleiben.

Soll aber die Welt gerecht für alle sein, bedarf es alternativer Konzepte von Umverteilung und Anerkennung, sagt die Politologin Nancy Fraser (Fraser 2001:66). Sie unterscheidet zwischen affirmativer und transformativer Gerechtigkeit. Eine Unterscheidung, die ich in unserem Zusammenhang sehr hilfreich finde. Affirmativ ist Gerechtigkeit dann, wenn sie innerhalb des bestehenden Systems eine (oberflächliche) Neuzuteilung vornimmt. Transformativ ist sie, wenn sie Strukturen und Handlungsmuster verändert, z.B. die Art und Weise in der Güter erzeugt oder Ressourcen genutzt werden.

Das zeigt, dass eine grundlegende Transformation deutlich über die politisch-institutionelle Ebene hinausgehen muss. Sie muss auch die Ebene etablierter Wertemuster umfassen. Dazu gehört, dass wir weg müssen von einem Bild, das alle Menschen als von Grund auf egoistisch sieht, weshalb jede und jeder für sich das Beste herausholen will – ohne Rücksicht auf Verluste. Aber ist es nicht vielmehr so, dass wir nicht als EgoistInnen geboren, sondern dazu gemacht werden (Habermann 2011)? Und sind wir nicht bereits auf dem Weg? Die Umwertung von Altruismus statt Egoismus, Zusammenarbeit statt Konkurrenz, schöpferisches Denken statt Effizienzdenken setzt sich langsam aber stetig durch, wie viele Beispiele zeigen.

5. Wachstum = Wohlstand = Lebensqualität = Glück?

Die Formel, dass (ökonomisches) Wachstum Fortschritt und Arbeitsplätze bedeutet, zu Wohlstand führt und dieser gleichbedeutend ist mit Lebensqualität und Glück ist in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach wie vor fest verankert. Mit der Folge, dass niemand die vermeintliche Grundlage dieser Formel, das Wachstum, in Frage stellen möchte (weil damit automatisch auch Wohlstand in Frage gestellt wird). Damit gehen aber Innovation und Kreativität für Ideen verloren, die sich damit befassen, wie Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum funktionieren könnten. Damit, welche Grundlagen für Wohlstand und Glück wirklich wichtig sind.

Dazu kommt, dass durch die zunehmende Kritik am ökonomischen Wachstum der an sich positive Begriff des Wachstums eine einseitig negative Bewertung bekommen hat. Die Grenzen des Wachstums, Postwachstumsgesellschaft, Wachstumsinfarkt sind Beispiele für diesen Sprachgebrauch. Es bedarf dringend eines differenzierteren Blickes auf Wachstum: WAS darf oder was muss sogar wachsen – und es gibt wirklich vieles, was wachsen muss: die Bildung, die Fürsorge, die Lebensqualität, der Ökolandbau, um nur einige Beispiele zu nennen. Und was muss schrumpfen: die Menge der Produkte die wir nicht wirklich brauchen, die Nutzung von Risikotechnologien, Gewalt in jeder Form.... Und es stellt sich die bereits mehrfach erwähnte Frage, WER wachsen darf, wer schrumpfen muss.

Die Glücksforschung, die übrigens ein rasantes Wachstum zumindest im Sinne der Anzahl an Veröffentlichungen zu verzeichnen hat, sagt einheitlich, dass die westlichen Industriestaaten ein Einkom-

mensniveau erreicht haben, auf dem eine weitere Steigerung des Konsums nicht mehr zu einem glücklicheren Leben beiträgt.

Die Forscher Richard Wilkinson und Kate Pickett (Wilkinson & Pickett 2010) belegen auf Basis weltweiter Daten, dass die Grundlage von Wohlbefinden nicht Wachstum bzw. Geld ist, sondern Gerechtigkeit. In gerechten Gesellschaften, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich gering ist, gibt es weniger Gewalt, weniger Schwangerschaften von sehr jungen Frauen, das Bildungsniveau wird insgesamt höher, die Umweltverschmutzung geringer. Glück und Wohlbefinden werden, sobald ein Einkommensniveau erreicht ist mit dem die Grundbedürfnisse befriedigt werden können, nicht mehr durch höheres Einkommen gesteigert. Eher im Gegenteil. Die Jagd nach Geld ist verbunden mit weniger Freizeit, steigenden Erkrankungen – Burn out, Depressionen sind heute schon Volkskrankheit Nr. 1 – und auch dem Paradox, dass wir die Konsumgüter, die wir uns durch immer mehr Arbeit leisten können, nicht mehr konsumieren können. Wir haben keine Zeit mehr dazu. So landet vieles unbenutzt im Müll oder ‚verstopft‘ unsere Wohnungen, „immer größere Teile unseres Konsums dienen der Befriedigung unhinterfragter Gewohnheiten und persönlicher Eitelkeiten, der Selbstdarstellung und der Konkurrenz mit anderen“ sagt der eher wertkonservative Ökonom Meinhard Miegel (Miegel 2012:7).

Wie können wir aus der ökonomischen Wachstumsspirale und der Abwärtsspirale von Lebensqualität und Gerechtigkeit heraus kommen? Wie schaffen wir es, die gesellschaftlich notwendige Arbeit – bezahlte UND unbezahlte – auf alle Schultern zu verteilen und damit für alle einkommens- und sinnstiftende Arbeit zu schaffen und trotzdem Zeitwohlstand zu haben? Diese Fragen scheinen mir die wichtigsten, die wir diskutieren müssen – nicht immer weiter in ExpertInnenzirkeln, sondern möglichst breit in der Bevölkerung. Meine Hoffnung ist, dass sich damit auch viele andere Probleme zwar nicht in Luft auflösen, aber doch in anderem Licht erscheinen und damit auch anders zu durchdenken und zu bearbeiten sind.

Gute Beispiele für Alternativen zum geldgetriebenen Wachstumszwang gibt es bereits viele. Sie reichen von der Gemeinwohlökonomie, über die Genossenschaftsbewegung, Social Banking bis hin zu BürgerInnenprojekten zum Umbau der Städte oder Sorge-Netze als neue Kooperationsform zur Verteilung der Care-Arbeit. Momentan findet das tendenziell noch in Parallelwelten statt, aber diese knabbern doch schon sehr an den Rändern der Marktökonomie. Und es gibt zunehmend Unternehmen, die ganz deutlich erklären, dass sie nicht wachsen wollen, weil sie z.B. finden, dass ihre Größe optimal ist, dass sie so den persönlichen Kontakt zum Kunden/zur Kundin halten können und vor allem sich keinen unkontrollierbaren wirtschaftlichen Risiken aussetzen.

Es gilt jetzt diese ‚**Keimlinge des Neuen**‘ (Biesecker) zu verbreiten, zu hegen und zu pflegen, ihre Kräfte zu nutzen. Hier ist Wachstum nicht nur unbedingt gefragt, sondern auch überlebenswichtig.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass auch von dieser Veranstaltungen Impulse ausgehen, dass Vorschläge diskutiert werden, die nächste Schritte in Richtung einer nachhaltigen, sozialen, gerechten Wirtschaft und Gesellschaft markieren und die neue Anstöße für den gesellschaftlichen Diskussions- und Transformationsprozess bringen.

Literatur

- Biesecker, Adelheid 2011a. Von der Maßlosigkeit zur Fürsorglichkeit. Thesen für ein zukunftsfähiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive. In: *Green Economy. Gerechtigkeit oder Begründung des Kapitalismus?* FrauenRat 5/2011, 8–11.
- Biesecker, Adelheid 2011b. Vorsorgendes Wirtschaften. Ökonomie für ein gutes Leben statt für Wachstum. In: *Rätz, Werner u.a. (Hrsg.) Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben* 75–84.
- Biesecker, Adelheid, von Winterfeld, Uta & Wichterich, Christa 2012. *Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität*. Bremen, Bonn, Wuppertal.
- Brand, Ulrich 2012. Wachstum und Herrschaft. *Wohlstand ohne Wachstum?* Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, 27-28/2012, 8–14.
- Edenhofer, Ottmar 2012. Wem gehört die Atmosphäre? Grünes Wachstum und die Globalen Gemeinschaftsgüter im 21. Jahrhundert.
www.fona.de/mediathek/gek/vortraege/keynote_edenhofer_ottmar_01_presentation_ge2012.pdf.
- Fraser, Nancy. 2001. *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermann, Friederike 2011. Ecommony statt Economy. Wir werden nicht als Egoist_innen geboren. In: *Green Economy. Gerechtigkeit oder Begründung des Kapitalismus?* FrauenRat 5/2011, 17–19.
- Helfrich, Silke. & Heinrich-Böll-Stiftung. 2012. *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript.
- Miegel, Meinhard 2012. Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir? *Wohlstand ohne Wachstum?* Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, 27-28/2012, 3–8.
- Nussbaum, Martha 1998. Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit: Zur Verteidigung des aristotelischen Essentialismus. *Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflektionen*. Hrsg. von Holmer 196–234.
- Stiefel, Elisabeth 2012. Wirtschaften ganz anders. Radikale und feministische Ökonomiekritik an Green Economy. www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Stiefel_Green_Economy_Warburg.pdf.
- Wilkinson, Richard G. & Pickett, Kate 2010. *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin [u.a.]: Tolkemitt Verl. bei Zweitausendeins.
- von Winterfeld, Uta 2007. Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz. Fünf Thesen und Folgerungen. *Vorgänge* Heft 3/2007, 46–54.

Translations in context of "und wirtschaftliches wachstum" in German-English from Reverso Context: Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum insbesondere in ländlichen Gebieten mit Strukturarmut. These examples may contain rude words based on your search. These examples may contain colloquial words based on your search. Translation of "und wirtschaftliches wachstum" in English. and economic growth. Other translations. Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum insbesondere in ländlichen Gebieten mit Strukturarmut. Development and economic growth, particularly in rural areas with structural poverty. Momentan dreht sich alles um Disziplin und wirtschaftliches Wachstum, ohne jeglichen Spielraum für andere Meinungen. Start studying Wohlstand und Wachstum. Learn vocabulary, terms and more with flashcards, games and other study tools. stellen den einfachen und erweiterten Wirtschaftskreislauf dar und ziehen daraus Schlüsse. erklären das Bruttoinlandprodukt und beschreiben die drei Arten, wie es berechnet wird. beschreiben die Abgrenzung vom Bruttoinlandprodukt zum Volkseinkommen. bewerten die Aussagekraft der volkswirtschaftlichen Größen. this set is often saved in the same folder as Marktwirtschaft und Rolle des Staates. Start your review of Wohlstand ohne Wachstum - das Update: Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Write a review. Nov 12, 2020 Johnny rated it really liked it. Es braucht Ansätze, die der Gesellschaft Wohlstand bringen, ohne dabei ein ständiges Wachstum zu benötigen. Im Buch werden aus verschiedenen Blickwinkeln die einzelnen Möglichkeiten eingehend betrachtet. Der Autor kommt zum Schluss, dass es nicht nur möglich ist, Wohlstand ohne Wachstum zu haben, sondern dies auch ohne grosse Verwerfungen (und Verlierer) geht. Das Buch wurde vor COVID-19 geschrieben und man sieht nun sehr schön, wie die einzelnen Staaten Ressourcen finden, um Krisen zu bewältigen – genau so, wie es der Autor vorhergesagt hat. Wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in Deutschland. January 2006. DOI: 10.1007/978-3-531-90083-4_2. Ziel der Studie ist es, einen Beitrag zur öffentlichen Debatte über die bisherigen Entwicklungen in Ostdeutschland und deren Effekte, Herausforderungen und mögliche Handlungsfelder zu leisten. View. Show abstract.